

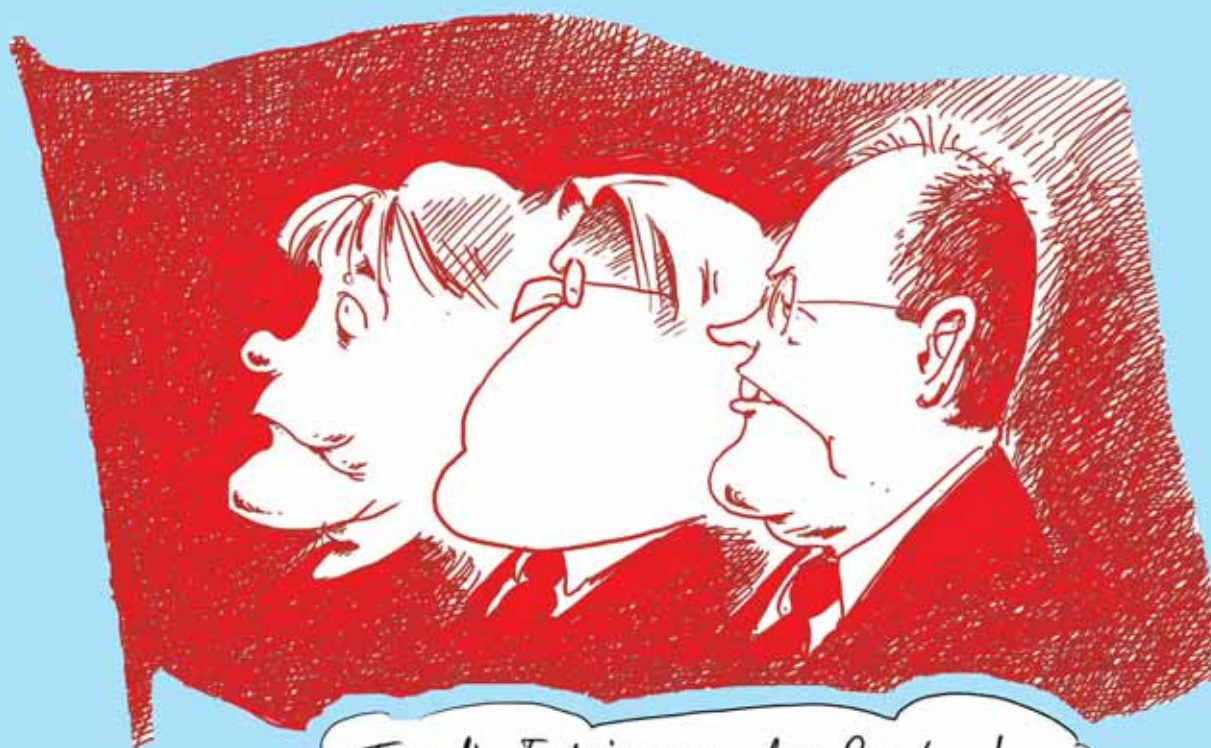
Sozialismus

Die Größere Depression
Der Ruin der Städte

**Forum
Gewerkschaften**

Vom Mehrwert der IGM-Wertedebatte
»Wir zahlen nicht für eure Krise«

90 Jahre Frauenwahlrecht
Rassismus-Konjunktoren



Für die Enteignung der Banken!
Für die Verstaatlichung der Autoindustrie !!
Für den Sozialismus!!!



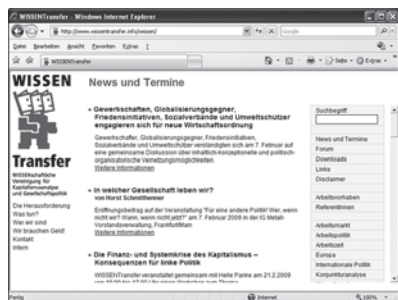
Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie
unter www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen

www.Sozialismus.de



Aktuelle Kommentare, Tipps & Termine.

www.wissentransfer.info



Arbeitspapiere, Veranstaltungshinweise, Referenten, Forum.

www.linksnet.de



Das Portal für linke Politik und Wissenschaft von 34 Zeitschriften.

www.vsa-verlag.de



Neuerscheinungen, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben.

Schrumpfungs- und Zersetzungsprozesse

Redaktion Sozialismus:

»Unternehmen & Politik ignorieren die Wirklichkeit«	2
»Die derzeitige Krise wird der Großen Depression gleichkommen«	5
Robert P. Brenner im Interview mit Seongjin Jeong	5
Ingo Schmidt: USA – Wirtschaftliche Konstellation nach dem Regierungswechsel	13
Fritz Fiehler: International Clearing Union.	19
Weltmarktkrise – Ausgangspunkt für eine »neue Finanzarchitektur«?	19
Klaus Steinitz/Manfred Ullrich: Umweltprobleme und ihre Verflechtungen mit den Krisenprozessen des Kapitalismus. Konsequenzen für linke Politik	24

Rück- und Fortschritte

Karl Georg Zinn: Augen zu und durch? Schadensbegrenzung ist nicht genug	31
Bernhard Sander: Der Ruin der Städte	33
Rückgang der Investitionen in öffentliche Infrastruktur	33
Christina Ujma: (K)ein Grund zu Feiern?	38
90 Jahre Frauenwahlrecht, aber noch immer keine Politik für Frauen	38

Forum Gewerkschaften

Martin Allespach/Dieter Stadt/Lothar Wentzel: Vom Mehrwert der Wertedebatte. Gewerkschaftliche Strategiebildung in der Systemkrise	42
Richard Detje/Dieter Knauß/Otto König: Zehn Minuten vor Zwölf	46
Opel: die Instrumente der Industrie- und Strukturpolitik reaktivieren	46
Aufruf zu bundesweiten Demonstrationen in Berlin und Frankfurt a.M. am 28. März 2009	49

Ach, Europa

Guido Speckmann: Rassismus-Konjunkturen	51
Wirtschaftskrise, Nationalismus und Ausschreitungen gegen MigrantInnen	51
Christina Ujma: PD in der Sackgasse. Zum Rücktritt von Walter Veltroni	56

Rezensionen/Nachruf/Veranstaltungen/Film

Hansgünter Meyer: Helmut Steiner (7.2.1936-14.2.2009)	57
Mario Keßler: Zwischen Ost und West	59
Zum 30. Todestag von Alfred Kantorowicz (1899-1979)	59
John Kannankulam: Rassismus & Migration (zu Manuela Bojadžijev, Die windige Internationale)	62
Impressum	63
Veranstaltungen und Internet-Links	64
Marion Fisch: Frost/Nixon (Filmkritik)	65

Der Ruin der Städte

Rückgang der Investitionen in öffentliche Infrastruktur

von | Bernhard Sander



Schlaglöcher im Ruhrgebiet (Foto: dpa)

Wer heute durch deutsche Städte geht, kann sich ein Bild von der vernachlässigten und maroden Infrastruktur machen. Die allgemeinen Voraussetzungen der Produktion (Straßen, Abwasserkanäle, öffentliche Schul- oder Verwaltungsgebäude usw.) sind in einem schlechten Zustand. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt, dass zwischen 2006 und 2020 rund 704 Mrd. Euro an öffentlichen Investitionen im kommunalen Bereich nötig sind. Der größte Teil davon ist Ersatzbedarf (59%), der Erweiterungsbedarf umfasst etwa 31%, und 10% stellen reinen Nachholbedarf dar.¹

Hintergrund der Entwicklung ist die seit Jahrzehnten reduzierte Investitionsquote der öffentlichen Hand. Betrug der Anteil der Investitionen aller Gebietskörperschaften Anfang der 1970er Jahre noch fast 5% des Bruttoinlands-

produkts, so sank dieser Anteil kontinuierlich auf zuletzt rund 1,5%. Der Anteil der Gemeindeinvestitionen am BIP sank von 3 auf fast 1%. Diese Zahl fällt allerdings durch die Umstrukturierung des öffentlichen Eigentums überzeichnet negativ aus, denn ein Teil wurde in juristisch selbständige Unternehmen umgewandelt, an profitorientierte Investoren verkauft oder in so genannte Öffentlich-Private-Partnerschaften überführt, so dass sie statistisch dem privaten Sektor zugeordnet werden, ihre Investitionen an dieser Stelle nicht mehr auftauchen. Die kommunalen Investitionen sind seit dem Jahr 2000 um 25,3% zurückgegangen – von 25,5 Mrd. Euro auf 19,05 Mrd. Euro im Jahr 2006.²

Politisch gewollte Austrocknung

Die wesentlichen Gründe für die gesunkenen Investitionsraten sind die Steuer senkungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die steigenden Sozialkosten auf kommunaler Ebene sowie die immer drückender werdende Schuldenlast.

- Die Steuereinnahmen der Gemeinden bleiben hinter denen der anderen Gebietskörperschaften zurück. Das Steueraufkommen der Gemeinden stieg 1990 bis 2007 nur um rd. 25 Mrd.

Bernhard Sander ist Redakteur von Sozialismus.

¹ Alle Angaben aus Deutsches Institut für Urbanistik – Difu (M. Reidenbach, T. Bracher, B. Grabow, S. Schneider, A. Seidel-Schulze), Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020, Endbericht – Kurzfassung, Berlin 2008

² D. Vesper, Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen, IMK Policy Brief 2007, S. 36)

Euro an, während das Steueraufkommen von Bund und Ländern im gleichen Zeitraum um jeweils über 100 Mrd. Euro anstieg. Das Steueraufkommen aller Gebietskörperschaften wird durch die kalte Progression nach oben und durch die Umwandlung von Normalarbeitsverhältnisse in befristete, Teilzeit- und Mini-Jobs nach unten beeinflusst.

- Nach Berechnungen des IMK betrug der Saldo der fiskalischen Auswirkungen aller Steuerreformen von 1998 bis 2008 auf die Kommunen rd. 1 Mrd. bis 1,5 Mrd. Euro Mindereinnahmen jährlich. Die erwarteten Steuermindereinnahmen der Kommunen infolge des Steuersenkungsgesetzes 2001 einschließlich des Ergebnisses des Vermittlungsverfahrens können der Tabelle 1 entnommen werden.³

Durch die Reform der Unternehmenssteuer verzichten Bund, Länder und Gemeinden auf weitere Milliarden Euro Steuereinnahmen (Tabelle 2).⁴

- Städte und Gemeinden haben keine eigenen wesentlichen Steuerquellen. Außer beim Gewerbesteuerhebesatz können sie nur mit Bagatelsteuern hantieren. Die Steuereinnahmen der Gemeinden (im Wesentlichen ein fester Anteil an der Einkommenssteuer sowie die Gewerbesteuer) sind extrem konjunkturabhängig. Sie sinken stets, wenn die Kosten für Soziales in die Höhe gehen. Bei den sozialen Leistungen schlagen besonders die Ausgaben für Kinderbetreuung und Pflegeaufwendungen zu Buche (Tabelle 3).
- Eine weitere Belastung sind landespolitische Entscheidungen, mit denen Aufgaben, die neu hinzukommen oder bisher auf der höheren Ebene angesiedelt waren, an die Kommunen delegiert werden, ohne dass eine ausreichende Finanzierung dafür geregelt worden ist (Verletzung des Konnexitätsprinzips). Auf diese Weise hat sich die Regierung Rüttgers in NRW seit 2005 um 1,8 Mrd. Euro im Landeshaushalt entlastet. Die für soziale Aufwendungen und Investitionen gedachten Schlüsselzuweisungen des Bundes werden von den Ländern nicht Eins zu Eins weitergegeben.

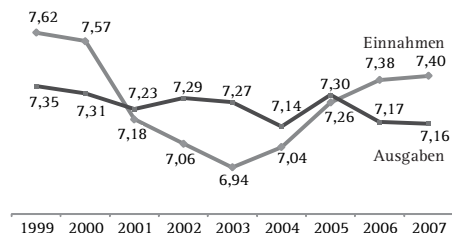
Tabelle 1: Erwartete Steuermindereinnahmen der Kommunen

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Mrd. DM	-4,5	-0,1	-1,8	-1,7	-6,9	-7,2

Tabelle 3: Steuereinnahmen der Gemeinden

Gemeindeanteil ⁵	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Einkommenssteuer	22,0	21,6	20,2	20,1	21,8	25,0	27,1
Gewerbesteuer	17,1	17,0	22,7	26,0	31,6	32,5	31,8
Sozialausgaben	28,2	30,5	31,9	35,5	36,6	37,5	38,0

Abbildung 1: Einnahmen und Ausgaben der Kommunen (in % am Bruttoinlandsprodukt)



Quelle: ver.di Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik

Neoliberale »Auswege« als weitere Verarmung

In der Folge tritt bei den Kommunen eine verhängnisvolle Spirale in Gang. In der Erwartung baldiger wirtschaftlicher Konjunkturaufschwünge nehmen die Kämmerer Kassenkredite mit kurzer Laufzeit und höheren Zinsen auf, fahren die Investitionen herunter und verscherbeln öffentliches Eigentum. Doch es handelt sich um ein strukturelles und kein konjunkturelles Problem. Mit dem Anstieg der Verschuldung schnürt die Umverteilung öffentlicher Steuermittel zugunsten der Kreditgeber (also die steigende Zinslast) den Handlungsspielraum der Städte zusätzlich ein.

Mit der sich immer mehr vom Sparzwang emanzipierenden neoliberalen Parole »Privat vor Staat« wird eine ganz neue ideologische Basis hergestellt, in deren Folge sich eine völlige Neustrukturierung im Verhältnis zu den öffentlichen Aufgaben auf Ebene der Länder und Gemeinden entwickelt.

Haushaltsvorbehalte, Mentoren und andere gesetzliche oder administrative Hemmnisse werden aufgebaut und greifen immer stärker bei immer mehr Kommunen in das verfassungsmäßig verankerte Selbstverwaltungsrecht ein. Die Kommunen, die z.B. nach § 82 Gemein-

Tabelle 2: Steuermindereinnahmen durch die Unternehmenssteuerreform

2008	2009	2010	2011
7,97 Mrd.	6,89 Mrd.	6,64 Mrd.	4,93 Mrd.

deordnung NRW unter dem Haushaltsvorbehalt der Regierungspräsidenten stehen, gelangen faktisch nur noch an Landesmittel für Investitionen, wenn sie anderswo, vor allem an den so genannten freiwilligen Leistungen (Kultur, Sport, Bildung, Soziales) sparen. Sie können, selbst wenn sie den erforderlichen Eigenanteil aufbringen, verpflichtet werden, auf Landesmittel zu verzichten, wie dies zur Zeit z.B. in Wuppertal mit dem Fonds »Soziale Stadt« geschieht.

Die bekannteste Reaktion auf die Trockenlegung der städtischen Finanzen bestand in *Privatisierungen*. Öffentliches Eigentum, das über Jahrzehnte mit dem Geld der Kunden, Gebühren- und Steuerzahler aufgebaut worden war, wurde verkauft. Angeblich können Private es zum Nutzen des (zahlungsbereiten) Bürgers besser und effizienter, ohne Filz und Bürokratie, und schaffen dabei auch noch Arbeitsplätze.⁶ So wurden im letzten Jahrzehnt im Auftrag der Stadträte jährlich zwischen 6 und 7,5 Mrd. Euro durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen erwirtschaftet, ohne dass darüber in der Bürgerschaft abgestimmt worden wäre. Aufwendige und komplizierte Bürgerbegehren in Mühlheim, Freiburg und anderswo konnten einzelne Projekte stoppen (Tabelle 4).

Ein Teil der Städte (160 schätzt man) hat im Rahmen kreativer Geldbeschaffung hoch risikoreiche Verträge abgeschlossen mit Derivat- und Zinswetten, die für einen Teil negativ ausgingen (Spitzenreiter Hagen verlor 27 Mio. Euro in einem Geschäft, das die Deutsche Bank empfohlen hatte und als Vertragspartner ausführte).

Unbekannt ist die Zahl der Geschäfte, aber weit verbreitet ist das *Cross Border Leasing*,⁷ mit dem öffentliche Einrich-

Tabelle 4: Einnahmen des Staates aus Vermögensäußerungen in Mio. Euro*

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bund	56246	8448	6005	5882	9512	9231	1265
Länder	1733	2683	2503	1656	2315	2990	2742
Gemeinden	7389	7080	7393	6711	6227	5733	6122

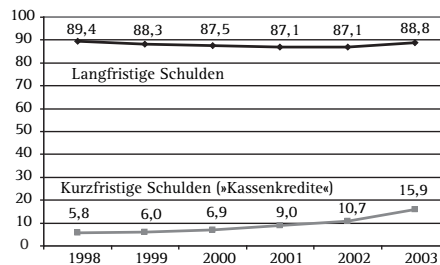
* D. Vesper, Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen (IMK Policy Brief 2007) S. 37

tungen (Schulgebäude, Fahrzeugparks, Kanäle, Kraftwerke usw.) an US-Investoren vermietet, gleichzeitig zurückgemietet und mit einer Kaufsumme hinterlegt werden, um den daraus sich ergebenden Steuervorteil in den USA aufzuteilen, wobei der US-Investor die größeren Anteile einstreicht (rd. 1. Mrd. Euro sollen so auf die Konten der Stadtkämmerer geflossen sein). Ursprünglich sollte mit diesem Modell der Export von Boeing-Flugzeugen gefördert werden. Diese Form der legalen Beihilfe zur Steuerhinterziehung haben US-Gerichte mittlerweile unterbunden. Durch den Zusammenbruch von US-Banken und des Versicherers AIG sind die dort hinterlegten Verkaufssummen für den Rückkauf z.T. gefährdet bzw. müssen, weil diese Institute die vertraglich vereinbarte Bonität (rating AAA) nicht mehr vorweisen können, umgeschichtet werden, sodass für jeden betroffenen Vertrag mindestens Berater- und Rechtsanwalts honorare in siebenstelliger Höhe anfallen oder kostspielige Zwischenfinanzierungsmodelle gefunden werden müssen.

Hinzu kommen, als Idee ausgehend vom Kunst- und Kultursektor, sogenannte Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP)⁹ mit gewinnorientierten Bauunternehmen, Image-interessierten Mäzenen, Finanzinvestoren etc., mit denen öffentliche Infrastruktur errichtet oder unterhalten wird, was auf einen Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge in Form von Schulgebäuden, Straßenbau und -unterhaltung usw. hinausläuft. 101 Projekte sind abgeschlossen, das Volumen liegt zur Zeit bei 4,5% aller Hochbauprojekte. Eine Unternehmensberatung, die diese Zahlen ermittelt hat, rechnet damit, dass der Anteil der Städte, die PPP-Modelle eingehen, bis 2013 auf 40% steigen wird.⁹

Diese findigen Kämmerer, die wie die Großen zocken wollten, um ihre Haushaltsschieflage zu begradien, haben die Tendenzen zur finanziellen Austrock-

Abbildung 2: Lang- und kurzfristige Verschuldung der Gemeinden (in Mrd. Euro)



nung nicht umkehren können, sondern den Handlungsspielraum der Kommunalparlamente noch verengt. Die laufenden Aufwendungen können nur mehr durch kurzfristige Kredite mit entsprechend höheren Zinssätzen finanziert werden (siehe Abbildung 2).

Städtische Finanznot ist eine soziale und keine geografische Frage

In Anbetracht der kommunalen Finanznöte sind Politiker aller Parteien auf den Solidarpakt Ost gestoßen, wissend, dass der »Soli«-Sonderzuschlag auf die Einkommenssteuer beim Volke nicht sehr beliebt ist. Der Augenschein einer nach 1990 erneuerten Infrastruktur in den neuen Bundesländern gaukelt denen, die von öffentlichen Investitionen in den letzten 20 Jahren völlig entwöhnt wurden, nur goldene Bordsteine und Kanaldeckel vor. Doch wie immer ist die Wirklichkeit komplexer. Die himelsschreienden Unterschiede in der Wirtschaftskraft von Städten und Regionen sollte eigentlich durch steuerpolitische Umverteilung ausgeglichen werden können und die dezentrale Infrastruktur mit Freizeit-, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen sollte in allen Städten etwa gleich sein.

In einem Gutachten werden die Ungleichheiten festgehalten:¹⁰

- **Wirtschaftskraft:** In der »Rangskala der Landkreise und kreisfreien Städte belegt die wirtschaftsstärkste ostdeut-

sche Stadt, Dresden, im Jahr 2006 nur Platz 83 (von 438)... Während 80% der westdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte eine Wirtschaftsleistung von mehr als 20.000 Euro je Einwohner erzielen, ist dies in den neuen Bundesländern nicht einmal bei einem Drittel (26,8%) der Kreise und kreisfreien Städte der Fall.« (S.10)

- **Eigenfinanzkraft** (Anteil der Netto-Steuern an den laufenden Einnahmen): »Während 95% aller kreisfreien Städte in den neuen Bundesländern eine Steuerfinanzierungsquote von weniger als 30% haben, sind es im westdeutschen Vergleich nur 2,3%.« (S. 11). Während die Kommunen in den westdeutschen Flächenländern im Jahr 2006 durchschnittliche Steuerfinanzierungsquoten zwischen 40% (Hessen) und 31% (Niedersachsen) erzielen konnten (NRW 36%), stammten in den neuen Bundesländern nur zwischen 23% (Sachsen) und 16% (Brandenburg) der laufenden kommunalen Einnahmen aus eigenen Steuern.
- **Der Kommunalisierungsgrad** (eine Kennzahl, die den Umfang gemeindlicher Aufgabenerfüllung zeigen soll) schwankt ebenfalls deutlich: In NRW liegt er mit 48,3% am höchsten, in den neuen Bundesländern beträgt er 40,8%.
- **Die Sozialleistungsquote** gibt etwas genauer Auskunft über die gemeindlichen Ausgabenbedarfe: 2006 »profitierte ein Viertel der kreisfreien

³ Bundestagsdrucksache 14/6923 S. 20

⁴ FR 21.2.2007

⁵ Alle Angaben von der Homepage des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

⁶ Dass dem nicht so ist, belegen Torsten Brandt und Thorsten Schulten, Auswirkungen von Privatisierungen und Liberalisierungen auf die Tarifpolitik, in: T. Brandt/T. Schulten/G. Sterkel/J. Wiedemuth (Hrsg.), Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik, Hamburg 2008.

⁷ Vermutlich sind es über 150 Verträge, vgl. Werner Rügemer, Cross Border Leasing, Münster 2004 bzw. der vergleichsweise gute, noch in Arbeit befindliche Artikel auf wikipedia.de

⁸ Vgl. dazu auch die Borschüre der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, »Öffentlich Private Partnerschaften – Eine besonders intelligente Form der Privatisierung?«, Hamburg 2008

⁹ Ernst & Young, PPP – aktuelle Entwicklungen (Foliensatz), Bielefeld 2008

¹⁰ Stellungnahme von Prof. M. Junkernheinrich am 21.1.2009 bei der Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform des Landtages NRW

Städte in den alten Bundesländern von einer sehr geringen Sozialleistungsquote unter 10% der ordentlichen Ausgaben. Doch zugleich gehörte beinahe ein Drittel (29%) der kreisfreien Städte in Westdeutschland zur Gruppe der höchsten Belastung, mit Sozialleistungsquoten von mehr als 20%.« Nur 10% der kreisfreien Städte im Osten gehört in diese Gruppe (S. 13).

■ **Haushaltslage:** 45% der Kreisfreien in den neuen Bundesländern erzielen ein positives Primärergebnis (alle Ild. Einnahmen und Ausgaben ohne Vermögensbewegungen), in Westdeutschland 51% der kreisfreien Städte. »Die ungünstigsten Primärergebnisse finden sich in westdeutschen Kommunen, insbesondere in den strukturschwachen Städten an der Ruhr, im Bergischen Land sowie im Rhein-Main-Gebiet und in der Südpfalz. Hier sind Defizite von 300 bis 620 Euro keine Seltenheit. ... Lediglich Brandenburg (-401 Euro/Einwohner) und Frankfurt/O. (-332 Euro/Einw.) haben ähnlich ungünstige Werte.« (S.15) Dem stehen hohe Überschüsse vorwiegend süddeutscher Städte gegenüber (Schweinfurt 947 Euro/Einw., Frankfurt 792 Euro/Einw.).

■ »Das **Finanzergebnis** setzt sich aus den gemeindlichen Zinsausgaben und -einnahmen, sowie den Gewinnen der kommunalen Unternehmen und Beteiligungen zusammen.« Die schlechtesten Finanzergebnisse finden sich wiederum in den Kohlerückzugsgebieten, dem Bergischen Land sowie Rheinhessen-Pfalz. »Auf der anderen Seite kann beinahe ein Viertel der kreisfreien Städte aus Westdeutschland ein positives Finanzergebnis erzielen.« (S.16) Während Essen 127 Euro/Einw. verbucht, erreichte Köln einen Überschuss von 129 Euro/Einw. Das konsolidierte ordentliche Ergebnis zeigt, dass die fundamentalen Differenzen zwischen armen und reichen Kommunen durch das Primärergebnis geprägt sind und durch das Finanzergebnis nur geringfügig korrigiert werden.

■ **Verschuldung:** Hier ist das Bild zugunsten der Ost-Kommunen insofern

verzerrt, als die Verschuldungsgeschichte in den neuen Bundesländern noch nicht so lange zurückreicht wie im Westen. Spitzenplätze bei den Kassenkrediten (Kredite zur Sicherung der Liquidität) nehmen im Länder-Ranking die Kommunen im Saarland (1.013 Euro/Einw.), in Rheinland-Pfalz (754 Euro/Einw.) und NRW (695 Euro/Einw.) ein. Rekord-Verbindlichkeiten von mehr als 2.000 Euro/Einw. haben vor allem die bereits genannten belasteten Regionen: Duisburg, Oberhausen, Essen, Hagen, Wuppertal, Remscheid, Solingen, Kaiserslautern, Ludwigshafen. Im kreisangehörigen Raum haben 80% der Gemeinden gar keine laufenden Kassenkredite.

Der DGB NRW stellte im Dezember 2008 eine Studie vor,¹¹ die bundesweit die kommunalen »Finanzierungssalden anteilig auf die Einwohnerzahl dargestellt« hat: »Statistisch haben die Kommunen bundesweit ein Ergebnis von +112 Euro pro Einwohner erzielt. Das Ergebnis verteilt sich jedoch sehr unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer. Auffallend ist, dass die Ergebnisse der westdeutschen Flächenländer (ohne Stadtstaaten) mit 114 Euro zu den Ostländern (+105 Euro) kaum signifikante Unterschiede aufweisen, die Westländer hingegen eine enorme Spreizung von -43 Euro (Rheinland-Pfalz) bis auf über 200 Euro in Hessen und Baden-Württemberg.« Doch Durchschnittswerte sind nicht sehr aussagekräftig, wie der Wert für NRW zeigt. Ohne die Ruhrgebietsstädte erzielen die Städte ein Finanzergebnis pro Kopf von 87 Euro, das Ergebnis aller Ruhrgebietskommunen jedoch weist -99 Euro aus. »So kann beispielsweise Duisburg, trotz der um 165% gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen (2003-2007) nicht ansatzweise einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen«, berichtet der DGB.

Die Städte in NRW sind noch unter Steinbrücks rot-grüner Landesregierung verpflichtet worden (NKF – Neues Kommunales Finanzmanagement), ihre Besitz- und Ausgabenverhältnisse in Form einer Unternehmensbilanz auszuweisen. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Duisburger Stadtrat stellte dazu fest: »Die im Frühjahr aufgestellte Eröffnungsbilanz hat die Finanzmisere un-

serer Stadt verdeutlicht: Nach Deckung der Verluste aus 2008 und 2009 aus Ausgleichs- und allgemeiner Rücklage wären die bilanziellen Reserven aufgezehrt und die Stadt schon 2010 nicht nur faktisch pleite – wie seit 15 Jahren –, sondern auch technisch überschuldet.«¹² Hintergrund ist, dass Duisburg in den letzten 15 Jahren 32.000 (17%) seiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse verloren hat, während die Zahl der Sozialleistungsempfänger um 20.000 (33%) anstieg. Auch dies Resultat rot-grüner Bundespolitik.

»Insgesamt 174 Gemeinden befanden sich zuletzt in NRW in der so genannten Haushaltssicherung. Die Regierungspräsidenten haben in 73 Fällen das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigt ... das sind knapp 20% aller Kommunen in NRW«, bilanziert der DGB und es sind die einwohnerstarken Städte des Ruhrgebietes und des bergischen Landes.

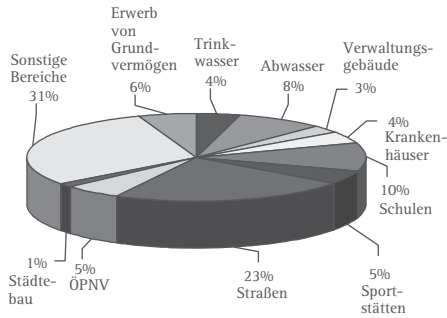
Fazit: Der fiskalische Stress der Städte ist ein Massenphänomen. Er steigt in Ost und West und lässt die verfassungsrechtliche Gleichheit der Lebenschancen und das ebenfalls dort fixierte Recht auf kommunale Selbstverwaltung in Rauch aufgehen.

Alternativen

Die deutschen Städte stehen teilweise also vor einem finanziellen Kollaps, während gleichzeitig ihre Infrastrukturen nach 30 Jahren desaströser Sparpolitik zu verfallen drohen, wenn nicht nachgemauert wird. Die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur könnten einen massiven binnenwirtschaftlichen Konjunkturreffekt auslösen, wenn solche Maßnahmen gebündelt und z.T. vorgezogen würden. Es handelt sich dabei aber mitnichten um die Fortschreibung überkommener Konsumstrukturen aus den goldenen Jahren des Fordismus, sondern es geht um einen grundlegenden Wandel des öffentlichen Konsums.

Die vom Deutschen Institut für Urbanistik gesammelten Bedarfe beziehen sich zu großen Teilen auf die bauliche Absicherung von Energieeffizienz

Abbildung 3: Anteil der einzelnen Schätzbereiche am kommunalen Investitionsbedarf



(Wärmedämmung, neue dezentrale Heizsysteme usw.), Investitionen in Bildung (Ganztagsbetreuung und -versorgung von Kindern und SchülerInnen), ÖPNV-Infrastrukturen (selbst die Straßenbaumittel sind zu drei Vierteln Ersatzinvestitionen, das letzte Viertel Lärmschutz, Radwege usw.). Die Versorgung mit Krankenhäusern ist zum Beispiel in Frage gestellt, wenn schon heute geschätzt wird, dass bis 2020 rund 10% der Kliniken verschwinden werden. Immer mehr Menschen werden immer älter und haben andersartige Beeinträchtigungen. Diese lassen sich nicht mehr durch Familienstrukturen auffangen, die heute noch Rahmenbedingungen der Humandienstleistungen darstellen und in Zukunft entweder nach Maßgabe der persönlichen Einkommensverhältnisse zugekauft oder im Sinne öffentlichen Reichtums als kollektive Güter bereitgestellt werden.

Mit entsprechendem politischen Willen ließe sich diese Neuausrichtung einer binnenwirtschaftlicher orientierten öffentlichen Investitionsnachfrage auf Güter des kollektiven Konsums sicherlich verstärken.

Die Kommunen sind auf eine Finanzreform zu ihren Gunsten angewiesen, vor allem benötigen sie eine konjunkturunabhängigere, selbst regulierbare Steuerquelle. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat dazu Vorschläge entwickelt.¹³ In der Vergangenheit sind Reformen der Kommunalfinanzierung meist daran gescheitert, dass sich die unteren Gebietskörperschaften nicht mit den jeweiligen Koalitionen auf nationaler Ebene angelegt haben. Das Elend scheint nun in Teilen einen Wandel auszulösen. So haben sich 18 Oberbürgermeister und Kämmerer in NRW partei-

übergreifend zusammengeschlossen, um die Landesregierung mit einem Katalog, in dessen Mittelpunkt die Übernahme kommunaler Schulden durch die NRW-Förderbank für fünf Jahre steht, zu fordern. Dies kollidiert mit den Bestrebungen, für die Länder eine Verschuldungsgrenze einzuführen.

Auch in der Linken NRW gibt es mit der »Hamborner Erklärung« nun eine Initiative von Kommunalpolitikern und Gewerkschaftern, die Wirkung entfalten könnte. Sie enthält folgende Forderungen:

- Wegfall der (unlängst erhöhten) Gewerbesteuerumlage für notleidende Kommunen;
- Einrichtung eines Entschuldungsfonds des Landes für strukturschwache Kommunen, durch den der Abbau der Altschulden und Kassenkredite gewährleistet werden soll;
- die Wiedereinführung der kommunalen Investitionspauschale in Höhe von zunächst 3 Mrd. Euro nicht nur für ostdeutsche Kommunen, sondern für alle finanzschwachen Kommunen;
- die Neuverhandlung des Solidarpakts II mit dem Ziel, *alle bedürftigen Kommunen* unabhängig von ihrer geografischen Lage einzubeziehen;
- die Neuverhandlung der erdrückenden Zinslasten mit dem Ziel ihrer nachhaltigen Senkung;
- die Neuaufteilung des Steueraufkommens auf die verschiedenen staatlichen Ebenen insgesamt;
- die Einführung von Vetorechten der kommunalen Ebene, um etwa die fortgesetzte Missachtung der Konnektivität abzuwehren;
- die Entkoppelung von Fördergeldern von finanziellen Eigenbeiträgen für arme Kommunen;
- Programme, die die Ausweitung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fördern und die Ein-Euro-Jobs beenden;
- Qualitäts- und Zielkriterien für die öffentliche Infrastruktur (v.a. die energetische Sanierung; Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger; die Sanierung und der Ausbau von Bildungseinrichtungen).

In Oberhausen (4.500 Teilnehmende) und Wuppertal (800) gab es bereits erste – allerdings nicht durch DIE LINKE an-

gestoßene – öffentliche Unmutsbekundungen gegen die Spardiktate der Landesregierungen bzw. der Regierungspräsidenten. Der Kommunalwahlkampf bietet die Chance für DIE LINKE, ihr Profil nicht nur finanzpolitisch, sondern auch im Sinne einer Demokratisierung zu schärfen.

Investitionen in *öffentliche Infrastruktur sind Ausdruck einer solidarischen Ökonomie* in dem Sinne, dass diese Güter von allen genutzt werden und ökologisch sinnvoll sind. Unterlassene Erneuerungen werden sich in späteren Folgeschäden für Umwelt und Menschen zeigen. Bürgerbeteiligung darf nicht in der Prämierung von Sparvorschlägen bestehen, sondern muss auf die aktive Gestaltung ausgerichtet sein. Bürgerhaushalte sollten aktiv erprobt werden. Fördermaßnahmen für bestimmte Unternehmen – sowohl Zuschüsse als auch Maßnahmen der Infrastruktur – sind an harte, bei Verstoß einklagbare Auflagen zur Beschäftigung zu binden. Die Erfahrungen mit Nokia in Bochum, aber auch viele örtliche Beispiele, machen diese Forderung besonders dringlich. Die öffentlichen Aufträge sind an harte Bedingungen zu knüpfen. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen als wirtschaftspolitische Akteure und Moderatoren vor Ort muss gestärkt werden. Branchenkonferenzen, Runde Tische aller wirtschaftlichen Akteure können wichtige Voraussetzungen für die Bewältigung von Beschäftigungsproblemen und Strukturkrisen sein.

Gerade in den Großstädten muss die Wirtschaftsförderung Stadtentwicklung zu ihrer Aufgabe machen und die Probleme von besonders benachteiligten Stadtteilen berücksichtigen. Hier gilt es, Konzepte »lokaler Ökonomie« zu fördern und an Bundes- und Landesprogramme wie »Soziale Stadt« anzuknüpfen. Die Förderung von Genossenschaften könnte einen neuen Weg eröffnen.

¹¹ Finanzsituation der Kommunen in NRW, Düsseldorf Dezember 2008

¹² Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg zum Haushaltsplan 2009 (ohne Datum)

¹³ Vgl. dazu http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1735023274

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

